



## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Sybilla Nitsch (SSW)**

**und**

**Antwort**

**der Landesregierung – Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie  
und Tourismus**

### **Zulassung von ukrainischen Fahrzeugen in Deutschland**

#### Vorbemerkung der Fragestellerin:

Tausende ukrainische Geflüchtete sind mit ihren eigenen Kraftfahrzeugen nach Schleswig-Holstein geflohen und haben hier in unserem Land Schutz gefunden. Die ukrainischen Fahrzeuge müssen nach einem Jahr eine neue Zulassung in Deutschland erhalten, die den Geflüchteten bei einer möglichen Rückkehr in die Ukraine wiederum die Einreise erschwert. Außerdem bedeutet eine Zulassung in Deutschland auch eine finanzielle Belastung. Das Weiterfahren mit ukrainischen Kennzeichen verstößt gegen deutsches Recht.

1. Liegen dem Verkehrsministerium Zahlen über zulassungspflichtige ukrainische Fahrzeuge in Schleswig-Holstein vor? Wenn ja, wie viele Fahrzeuge sind es?

#### Antwort:

Dazu liegen dem MWVATT keine Daten vor

2. Plant die Landesregierung, die Zulassungspflicht für ukrainische Fahrzeuge für einen begrenzten Zeitraum aufzuheben (sprich: ukrainische Fahrzeuge von

den Bestimmungen des § 20 der Fahrzeug-Zulassungsverordnung für den Geltungsbereich des Landes Schleswig-Holsteins auszuschließen)?

Antwort:

Die Landesregierung ist bestrebt, den Geflüchteten die Mobilität in Deutschland auch weiterhin zu erhalten. Ob und inwiefern hierzu Ausnahmeregelungen von § 20 FZV geschaffen werden können, wird derzeit in Abstimmung mit den anderen Bundesländern geprüft. Die Landesregierung ist bestrebt, eine bundesweit einheitliche Lösung zu finden.

3. Gibt es Verständigungen mit anderen Bundesländern, um ggf. weitergehende Sonderregelungen zu erlassen? Wenn ja, wie ist der aktuelle Stand?

Antwort:

Auf der Verkehrsministerkonferenz am 22./ 23. März in Aachen waren sich die Länder über die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens im Rahmen der zu erlassenen Ausnahmegenehmigungen einig. Die konkrete Abstimmung und Ausarbeitung wird gemeinsam mit dem Bund in den kommenden Wochen stattfinden.